

9. November 2019 – In Erinnerung an die Pogromnacht 1938

Nie wieder – die Vergangenheit mahnt

Gegen Antisemitismus, Hass und Spaltung

Toleranz, Weltoffenheit und Demokratie sind unsere gewerkschaftlichen Werte, für die wir als IG Bergbau, Chemie, Energie eintreten.

Der Anschlag auf die Synagoge in Halle mit zwei Todesopfern bedeutet eine schreckliche Fortsetzung von Angriffen, die wir gegen Menschen, gegen Religionen, gegen Weltanschauungen feststellen müssen. Sie erschüttern uns zutiefst.

In der Woche, die dem Gedenken an die brutalen Übergriffe auf jüdische Menschen vor 81 Jahren vorbehalten ist, ruft der Beirat der IG Bergbau, Chemie, Energie zu Toleranz, Weltoffenheit und Demokratie auf.

In der Pogromnacht des Jahres 1938 zündeten die Nationalsozialisten Synagogen an, zerstörten Eigentum und quälten und töteten jüdische Mitbürger.

Der antisemitische Anschlag von Halle offenbart, dass in Deutschland – inmitten unserer Gesellschaft – Fremdenhass und Antisemitismus an Raum gewinnen. Die Grenzen des Sagbaren und der Handlungen verschieben sich, der Nationalsozialismus wird bagatellisiert und der Antisemitismus zeigt sich wieder offen.

Trotz völkischer und antisemitischer Parolen konnten die Rechtspopulisten jüngst bei der Landtagswahl in Thüringen Ende Oktober fast ein Viertel der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Studien belegen, dass die rechtspopulistischen Parolen sich auch bei einem Viertel der jungen Menschen verfangen. Dies sind verhängnisvolle Entwicklungen.

Deutschland darf nicht für Hass und Ausgrenzung, sondern muss für Toleranz und Weltoffenheit stehen.

Nach dem Grauen der nationalsozialistischen Barbarei waren für die junge Bundesrepublik Deutschland Demokratie, Menschenrechte und Religionsfreiheit grundlegend. Niemals mehr sollte Antisemitismus auf deutschem Boden raumgreifen.

Deutschland ist ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Land und den universellen Menschenrechten verpflichtet. In Deutschland leben seit Jahrzehnten Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zusammen.

Der im Grundgesetz verankerte Schutz der Menschenwürde und der Religionsfreiheit gilt für alle Menschen.

Umso wichtiger ist es, dass wir Einspruch erheben gegen Hetze, Spaltung und das Schüren von Ängsten. Dazu gehört auch, dass man Schwierigkeiten in unserem Land klar aufzeigt und nicht aus falsch verstandener Rücksichtnahme schweigt.

In unserer wehrhaften Demokratie brauchen wir neben funktionierenden politische Organen vor allem Bürgerinnen und Bürger, die sich für unser Gemeinwesen einsetzen.

Seit dem Ende der Nazidiktatur erlebt Deutschland die längste Friedenszeit seiner Geschichte. Deutschland wird heute weitgehend international geachtet – und nicht mehr gefürchtet. Auch weil die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sich inständig und glaubwürdig um Frieden und Versöhnung bemüht hat. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass wir Deutschen heute als Gleiche in der Weltgemeinschaft und im Frieden mit unseren Nachbarn leben können. Diese Verantwortung verdient unser aller Einwirken, unser aller Ein- und Aufstehen für Demokratie und Menschlichkeit.

„Nie wieder!": Diese Mahnung gilt für uns alle bis in alle Ewigkeit!

Darauf basiert auch unsere Gewerkschaftsarbeit: Ob als Betriebsräte, Vertrauensleute, als Aktive in der Ortsgruppe oder als Mitglied. Demokratie braucht unser aller Engagement.

Deshalb engagieren wir uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gemeinsam für Solidarität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz.

Denn für uns gilt: Nie wieder – die Vergangenheit mahnt!

Bremen, den 06. November 2019